

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Mütze, Katharina Schulze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol, Verena Osgyan** und Fraktion (GRÜ)

Haushaltsplan 2017/2018; hier: Schulische Angebote zur Demokratieförderung (Kap. 05 03 neue TG)

Drs. 17/12806

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 werden folgende Änderungen vorgenommen:

Im Kap. 05 03 wird eine neue TG „Schulische Angebote zur Demokratieförderung“ aufgenommen und für 2017 und 2018 mit Mitteln in Höhe von jeweils einer Million Euro ausgestattet.

Begründung:

Erst kürzlich hat der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) in einem Manifest seine Sorge über die extreme Zunahme menschenverachtender und demokratiefeindlicher Tendenzen zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es: „Wir beobachten, wie unsere Gesellschaft gespalten und Menschen emotional aufgehetzt werden sollen. Extreme Gruppierungen und Personen, insbesondere Repräsentanten der Rechtspopulisten und Rechtsextremen, tragen zu dieser Verrohung maßgeblich bei. Damit wird der Boden bereitet für Zwietracht, Verfolgung und physische Gewalt. Hass, Aggressionen und Angst aber zerstören Gemeinschaft – egal ob im Klassenzimmer, in der Schule oder zwischen den Nationen Europas.“ (https://www.bllv.de/fileadmin/Dateien/Land-PDF/Positionen/2016/Manifest_HOLDUNG_ZAEHLT-final.pdf)

Diesen Tendenzen gilt es insbesondere in unseren Schulen entgegenzuwirken. Eine zentrale Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen ist es, den Wert von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln. Leider vernachlässigt die Staatsregierung die Demokratiebildung an den bayerischen Schulen bis heute. Das Fach Sozialkunde wird noch immer stiefmütterlich behandelt und die bestehenden Angebote zur Demokratieförderung – wie das Netzwerk „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ – sind unterfinanziert.

Dabei müssen gerade in der aktuellen Situation die Demokratieerziehung intensiviert und die Schulen zu Orten lebendiger Demokratie weiterentwickelt werden. Die bisherigen Maßnahmen reichen dazu nicht aus. Flächendeckend müssen neue Programme aufgelegt und durchgeführt werden. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ muss deutlich besser

ausgestattet werden. Zudem müssen die „Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz“ durch zusätzliche Stundenkontingente und Mittel gestärkt werden.